



Antrag

der Fraktionen der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Reform der Gemeindefinanzen

Der Landtag wolle beschließen:

1. Die Landesregierung wird aufgefordert, im Interesse des Landes und seiner Kommunen den bisher vorgelegten Plänen der Bundesregierung zur Gemeindefinanzreform im Bundesrat nicht zuzustimmen.
2. Die Landesregierung wird gebeten, sich vor der Abstimmung im Bundesrat dafür einzusetzen,
 - dass sich die Gewerbesteuerreform durchgehend an dem Modell „Modernisierte Gewerbesteuer“ der kommunalen Spitzenverbände und des Landes Nordrhein-Westfalen ausrichtet,
 - dass durch Verbreiterung der Steuerbemessungsgrundlage um gewinnunabhängige Elemente eine wirklich tragfähige Basis für verlässliche und konjunkturunabhängige Gewerbesteuerereinnahmen geschaffen wird und
 - dass die finanzielle Mehrbelastung des Bundes bei der Zusammenlegung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe für erwerbsfähige Leistungsbezieher nicht vom Bund auf die Länder und die Kommunen zurück verlagert wird.

Klaus-Peter Puls
und Fraktion

Monika Heinold
und Fraktion